

Info 4/2017

Wegfall von Beförderungsstellen in 2018 ?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

laut Entwurf des Haushaltsplans ist beabsichtigt, in unserem Dienst im Jahr 2018 insgesamt fünf Beförderungsstellen in Wegfall kommen zu lassen: 2 Stellen nach A13, 1 Stelle nach A12 und 2 Stellen nach A11. Wegen der Brisanz und den weitreichenden Auswirkungen dieser Streichung haben wir uns kurzfristig zu dieser Sonder-Info entschlossen, um Euch über den Ablauf der Ereignisse zu informieren.

Unser Vorsitzender Axel Hahn musste beim Lesen des Entwurfs des Haushaltsplans am 06.11.2017 feststellen, dass darin der Wegfall vorstehend angeführter Stellen vorgesehen ist. Noch in der Nacht hat Axel Hahn alle Vorstandsmitglieder per Email informiert und uns ein von ihm abgefasstes Protestschreiben zur Kenntnis übersandt. Wegen der Dringlichkeit hat er diese Protestnote am 07.11.2017 persönlich im Ministerium der Justiz abgegeben. Darin kritisiert er mit sehr deutlichen Worten im Wesentlichen den Wegfall der Beförderungsstellen und zeigt u. a. auf, dass die frühere Staatssekretärin Dr. Anke Morsch im Rahmen unserer Mitgliederversammlung am 28. März 2014 öffentlich erklärt hat, dass der beabsichtigte Stellenabbau nicht in der Wertigkeit von Spitzenstellen erfolgen werde, da den verbleibenden Kolleginnen / Kollegen die höhere Belastung wenigstens durch eine ordentliche Bezahlung bzw. durch Beförderungsmöglichkeiten vergolten werden müsse. Einige von Euch werden sich sicherlich an den Vortrag von Frau Dr. Morsch erinnern.

Weder unser Verband noch der Hauptpersonalrat wurden in irgendeiner Form vorinformiert, so dass diese uns extrem hart treffende Kürzung offensichtlich still und heimlich erfolgen sollte. Unsere Fassungslosigkeit und Wut über einen solchen Vertrauensbruch und eine solch offensichtlich mangelnde Wertschätzung gegenüber den Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern können wir kaum in Worte fassen. Hinzu kommt, dass ein Kahlschlag an Spitzenstellen dieses Ausmaßes offensichtlich nur den gehobenen Dienst treffen soll. Es war uns angekündigt worden, dass 2018 die ersten Stellen im Rechtspflegerdienst wegfallen sollten, allerdings wurde nicht einmal im Ansatz angedeutet, dass es sich – entgegen klarer Zusagen – auch um unsere langwierig und hart erkämpften **Spitzenstellen nach A 13 und A 12** handeln werde.

Staatssekretär Roland Theis hat als Reaktion auf unser Schreiben unserem Vorsitzenden eine persönliche Erörterung angeboten und vorab die Zusage erteilt, alle Möglichkeiten prüfen zu lassen, um den Stellenabbau in der Wertigkeit A 13 und A 12 verhindern zu können. Daher haben wir die Überschrift mit dem Hoffnungsschimmer-Fragezeichen versehen.

Parallel dazu haben wir eine Presseerklärung des BDR Landesverbandes vorbereitet und mit der Bitte um Veröffentlichung an die Saarbrücker Zeitung geleitet. Ob, wann und wie ein Artikel erscheint, können wir nicht beeinflussen. Über das Ergebnis des Gesprächs mit dem Staatssekretär und die Verabschiedung des Haushaltsplans werden wir in der Weihnachtsinfo berichten.

Euer Vorstand